



Frankfurt Nordwest: Fehlende Gewerbeflächen schaden der wirtschaftlichen Entwicklung

Von Beginn an hat sich die IHK Frankfurt am Main für den neuen Stadtteil „Frankfurt Nordwest – Neuer Stadtteil der Quartiere“ ausgesprochen und unterstützt auch weiterhin das Vorhaben der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) – oder von konventionellen B-Planverfahren ohne SME – ausdrücklich. Die Planung leistet einen wichtigen Beitrag, um der aktuellen Unterversorgung mit Wohnraum – nicht zuletzt für dringend benötigte Fachkräfte – entgegenzuwirken. Die Bemühungen der letzten Jahre, die vorbereitenden Untersuchungen konsequent voranzutreiben, sind aus Sicht der IHK Frankfurt am Main ein wichtiger Schritt für die Entwicklung der Region.

Mit Besorgnis haben wir dem Bericht und dem Rahmenplan jedoch entnommen, dass keine gewerblichen Bauflächen im Plangebiet vorgesehen sind. Selbst im Quartier „Produktives Praunheim“, welches an das bestehende Gewerbegebiet an der Heerstraße anschließt, liegt der Nutzungsschwerpunkt auf dem Wohnen. Für eine gewerbliche Entwicklung werden lediglich „Gemischte Bauflächen“ mit entsprechenden emissionschutzrechtlichen Restriktionen vorgesehen. Dabei ist für den Standort Praunheim zusätzlich anzumerken, dass der nun vorgesehene Anteil an gemischter Baufläche nur etwa ein Drittel der Fläche ausmacht, die ursprünglich für die Erweiterung des Gewerbegebiets an der Heerstraße mit dem Bebauungsplan Nr. 696 vorgesehen war.

Wir teilen die Einschätzung, dass Frankfurt bezieharen Wohnraum für Fachkräfte in Arbeitsplatznähe braucht. Es ist allerdings genauso wichtig, dass sich Frankfurt verstärkt um die Entwicklung von Flächen für die Wirtschaft kümmert. Ansiedlungsanfragen konnten in Frankfurt schon mehrfach nicht bedient werden. Immer wieder mangelt es an Flächen, um Unternehmen in der Stadt zu halten oder ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Vor allem für das produzierende und verarbeitende Gewerbe gibt es in Frankfurt kaum noch Perspektiven. Aufgrund der Emissionen, die mit gewissen gewerblichen Tätigkeiten einhergehen, sind Betriebe teils explizit auf Gewerbe- statt Mischnutzungsflächen angewiesen.

Ferner können wir die Tatsache, dass bestehende Unternehmensstandorte durch die SEM überplant werden, nicht unterstützen. Die gewerbliche Tätigkeit dieser sowie der angrenzenden, nicht von der SEM überplanten, Betriebe darf durch die Maßnahme und die darin vorgesehene heranrückende Wohnbebauung nicht gefährdet werden, sondern muss weiterhin uneingeschränkt möglich bleiben.

Die IHK Frankfurt am Main begrüßt die im Zwischenbericht erwähnte angestrebte Ausweisung von gewerblichen Bauflächen im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplans Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplans. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Verlusts an gewerblichen Flächen und den Herausforderungen, neue Flächen auszuweisen, können wir den Verzicht auf dringend benötigte gewerbliche Bauflächen in den Planungen für Frankfurt Nordwest jedoch nicht nachvollziehen.

KONTAKT

Dr. Alexander Theiss

Geschäftsführer
Standortpolitik

Telefon 069 2197-1332
a.theiss@frankfurt-main.ihk.de

Sebastian Trippen

Geschäftsführer
Wirtschaftspolitik und Metropolenentwicklung

Telefon 069 2197-1482
s.trippen@frankfurt-main.ihk.de



Dem Bericht können keinerlei Aussagen zum Wirtschaftsverkehr entnommen werden. Die Durchführung von Wirtschaftsverkehren ist auch in einem autoarmen neuen Stadtteil essenziell. Betriebe müssen beliefert werden können, die Abwicklung der Last-Mile-Logistik muss gegeben sein und das Abstellen von Handwerker-Fahrzeugen sollte ebenfalls bedacht werden. Hierfür bedarf es Flächen und Erschließungsmöglichkeiten, die von Beginn an mitgeplant werden sollten. Außerdem müssen die Betriebe für ihre Mitarbeiter und ihre Kundschaft gut erreichbar sein.

Wir halten es für ein Versäumnis, dass die Anbindung der Raststätte Taunusblick nicht im Bericht zur SEM enthalten ist. Die Flächen an der Raststätte Taunusblick bieten großes Potential für Park+Ride-Anlagen inklusive Halteplätze für Regional- und Fernbusangebote. Eine ÖPNV-Verbindung des neuen Stadtteiles mit der Raststätte Taunusblick und dem Frankfurter Zentrum könnte mehrere tausend Fachkräfte, Touristen, Kunden des Einzelhandels und künftige Bewohner direkt vor den Toren Frankfurts abpassen und effizient in die Stadt bringen. Die Entwicklung eines Mobilitätshubs an der Raststätte Taunusblick halten wir daher für erforderlich. Für die Verlängerung der U-Bahn sollten in den Planungen entsprechende Trassen freigehalten werden.

Es ist unstrittig, dass Unternehmen Fachkräfte suchen, die wiederum beziehbaren Wohnraum benötigen. Unternehmen brauchen neben den Fachkräften aber nun einmal auch Flächen, um sich entwickeln und ansiedeln zu können und das darf nicht in den Hintergrund rücken. Der Erfolg eines Wirtschaftsstandortes ist nicht nur an die Verfügbarkeit von Wohnraum gekoppelt, sondern auch an die Verfügbarkeit von Entwicklungs- und Ansiedlungsmöglichkeiten für die Wirtschaft. Daher appelliert die IHK Frankfurt am Main an die Stadt Frankfurt, die vorliegenden Planungen hinsichtlich Flächen für Gewerbe, vor allem für produzierendes und verarbeitendes Gewerbe, zu überarbeiten.

KONTAKT

Dr. Alexander Theiss

Geschäftsführer
Standortpolitik

Telefon 069 2197-1332
a.theiss@frankfurt-main.ihk.de

Sebastian Trippen

Geschäftsführer
Wirtschaftspolitik und Metropolenentwicklung

Telefon 069 2197-1482
s.trippen@frankfurt-main.ihk.de



Frankfurt Nordwest als Chance für die Region – auch hinsichtlich dringend benötigter Gewerbeflächen

Unsere Forderungen:

- Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Frankfurt Nordwest – Neuer Stadtteil der Quartiere“ als wichtigen Beitrag für die gesamte Region betrachten, der dabei hilft, der aktuellen Unterversorgung mit Wohnraum entgegenzuwirken.
- Frankfurt Nordwest auch als Chance für die Schaffung dringend benötigter Gewerbeflächen betrachten.
- Neben der angestrebten urbanen Nutzungsmischung neue gewerbliche Bauflächen für das produzierende Gewerbe in die Planungen aufnehmen.
- Keine Überplanung bestehender Betriebsstandorte.
- Angrenzende Bestandsunternehmen nicht in ihrer Tätigkeit einschränken und in die Planungen eng einbinden.
- Schwächung des Wirtschaftsstandortes durch Abwanderung von Unternehmen ins Umland verhindern.
- Wirtschaftsverkehre mit entsprechenden Abstellflächen mitplanen.
- Flächen für Park+Ride-Anlagen und Mobilitätshub an der Raststätte Taunusblick sowie die Trassenfreihaltung für eine U-Bahn-Verlängerung frühzeitig in die Planung miteinbeziehen.
- Weiteres Bauland für dringend benötigte Wohn- und Gewerbeflächen im Stadtgebiet ausweisen.

KONTAKT

Dr. Alexander Theiss

Geschäftsführer
Standortpolitik

Telefon 069 2197-1332
a.theiss@frankfurt-main.ihk.de

Sebastian Trippen

Geschäftsführer
Wirtschaftspolitik und Metropolenentwicklung

Telefon 069 2197-1482
s.trippen@frankfurt-main.ihk.de



Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main